

# Kinderärzte: Zu wenig oder genug?

**MEDIZIN** Haben wir genug Kinderärzte? Mütter berichten von Schwierigkeiten, einen Termin zu erhalten. Verschiedene Ärzte nehmen keine Kinder mehr auf. Eine Ausnahme machen aber die meisten für die erste Kontrolle von Neugeborenen.

Kommt ein Kind zur Welt, sollte es im ersten Monat zur ersten Vorsorgeuntersuchung und dann im Verlauf des ersten Lebensjahres zu weiteren fünf Untersuchungen. Das heisst, es braucht eigentlich ab Tag eins einen Arzt. Wie viele junge Mütter berichten, ist es derzeit aber schwierig, in Winterthur einen Termin bei einem Kinderarzt zu bekommen. Bis zu fünf erfolglose Telefonanrufe – das tönt nicht nach einer Katastrophe, aber es tönt auch nicht so, als gäbe es in den Winterthurer Kinderarztpraxen genügend freie Plätze für Neugeborene.

## Ausnahmen für Neugeborene

In Winterthur arbeiten derzeit 27 Kinderärzte in 15 Praxen. Auf Nachfrage bestätigen mehrere von ihnen, sie hätten momentan einen Aufnahmestopp. Dabei machen sie Ausnahmen für Neugeborene. Das heisst, Eltern, die mit ihren Kindern den Arzt wechseln möchten, erhalten eine Absage.

Ralf von der Heiden, Kinderarzt in einer Gemeinschaftspraxis, mag trotzdem gar nicht von einem Kinderarztmangel sprechen. Er organisiert den pädiatrischen Notfalldienst der Winterthurer Kinderärzte. «Es gibt aktuell keinen Mangel in Winterthur», sagt von der Heiden. «Unter den Winterthurer Kinderärzten haben wir die Abmachung, dass der diensthabende Arzt die neugeborenen Kinder aufnimmt, die in den ersten vier Wochen keine Praxis gefunden haben.»

Gemeinsam mit den Eltern entscheide dieser Arzt, ob das Neugeborene als Patient behalten kann oder nicht. «Dass Eltern, die erst gerade ein Kind bekommen haben, Schwierigkeiten haben, einen Arzt für die Erstkontrolle zu finden, ist für mich deshalb nicht nachvollziehbar», sagt von der Heiden. Er räumt aber ein: «Natürlich kann es sein, dass es nicht der Kinderarzt respektive die Kinderärztin ihrer Wahl ist.»

Dass es keinen Mangel gebe, liege auch daran, dass es Eltern gebe, die nicht auf einer kinderärztlichen Betreuung bestehen und mit ihrem Kind zu einem Hausarzt gehen. Das sei problemlos möglich. «Bei entsprechender Fortbildung kann auch der Hausarzt Kinder und Jugendliche gut betreuen», sagt von der Heiden.

Fakt sei zudem, dass die Anzahl Kinderärzte, die in Praxen in Win-

terthur arbeiten, in den letzten Jahren gestiegen sei. «Mit einer Ausnahme sind alle frei gewordenen Kinderarztpraxen von jungen Ärzten übernommen worden.»

## Mangel schweizweit

Ganz anders tönt es, wenn man mit der Präsidentin des Verbandes Kinderärzte Schweiz, Heidi Zinggeler Fuhrer, spricht. «Der Kinderärztemangel ist schweizweit ein Thema», sagt sie. Sie selber nimmt noch Geschwisterkinder und vereinzelt Neugeborene neuer Familien auf, aber grundsätzlich keine Kinder, die von einem anderen Kinderarzt zu ihr wechseln möchten. «Ich muss die Aufnahme regulieren, um auch weiterhin meinen bereits aufgenommenen Patienten gerecht werden zu können», sagt sie. Gewisse Zeitfenster am Abend hat

sie für die Einmonatsvorsorgeuntersuchung reserviert. Sind diese Fenster besetzt, nehme sie keine zusätzlichen Neugeborenen mehr auf.

## Prävention ist wichtig

Laut Zinggeler Fuhrer muss der Beruf des Kinderarztes attraktiver gemacht werden. «Es braucht gute Lösungen für Notfalldienste, eine adäquate Abgeltung im Vergleich zu Spezialisten, bezüglich Zulassung, einen geringen administrativen Aufwand und gute langfristige Perspektiven», sagt sie. Es gehe zudem darum, verständlich zu machen, dass Vorsorgeuntersuchungen durch einen Kinderarzt sehr entscheidend sein können, um mögliche Erkrankungen im Erwachsenenalter zu verhindern. «Ich kann zum Beispiel vermitteln, wie wichtig gesundes Essen und Bewegung sind», sagt Zinggeler Fuhrer. So vergrössert sich die Chance der Kinder, als Erwachsene nicht dick zu wer-

den und Herzkreislaufprobleme zu kriegen.

Dass es einen Mangel gibt, diese Haltung vertritt man auch bei Swiss Medi Kids. Die Kinder-Permanence in den Archhöfen gibt es seit zwei Jahren. «Die Schweiz bildet derzeit eindeutig nicht genügend Kinderärztinnen und -ärzte aus, um den Bedarf gut abdecken zu können», sagt Mediensprecherin Ladina Flury. Sie kritisiert, der Kinderarztmangel spitze sich immer mehr zu, weil

«Natürlich kann es sein, dass man nicht zum Kinderarzt respektive zur Kinderärztin seiner Wahl kommt.»

Ralf von der Heiden, Kinderarzt

viele Kinderärzte bald pensioniert würden und die jungen Kinderärzte oft nur in Teilzeitpensen zur Verfügung stünden.

## Permanence für Notfälle

Swiss Medi Kids ist als Aktiengesellschaft organisiert und betreibt zwei weitere Standorte in Zürich und in Luzern. Eigentlich ist die Permanence auf Notfälle spezialisiert. Den Eltern, die keinen Kinderarzt mehr finden, biete man die Grundversorgung aber auch an, sagt Flury. «Wir nehmen auch noch neue Patienten auf. Dies im Gegensatz zu vielen Praxen, bei denen ein Aufnahmestopp gilt.» Die Grundversorgung betrage allerdings nicht mehr als 10 Prozent der Gesamtleistung der Permanence. Sie ist 365 Tage im Jahr von 10 bis 22 Uhr geöffnet, dafür sind ein Arzt im Vollzeitpensum und weitere Ärzte Teilzeit (insgesamt 220 Prozent) angestellt. Auf den Winter hin stocke man die Prozente wieder auf. Deborah Stoffel



Gesundheit garantiert? «Der Kinderärztemangel ist ein Thema», sagt Heidi Zinggeler Fuhrer, die Präsidentin des Verbandes Kinderärzte Schweiz.

Shutterstock

## «Störungen» an der Schule Heiligberg

**SCHULE** Monatelang war der Beurteilungsbericht der Sekundarschule St. Georgen-Heiligberg vorbeigekommen. Grund waren Spannungen zwischen Schulleitung und Lehrerteam. Jetzt vermittelt ein Coach.

Die kantonale Fachstelle für Schulbeurteilung war bereits Ende 2016 zum Schulbesuch bei der Sekundarstufe St. Georgen-Heiligberg vorbeigekommen. Alle fünf Jahre besuchen die Experten den Unterricht, führen Gespräche mit Eltern, Lehrern und Schülern und verfassen einen rund 20-seitigen Schlussbericht.

Dieser Bericht lag jedoch nicht, wie angekündigt, im Frühling auf. Die Eltern wurden auf nach den Sommerferien vertröstet. «Nach Rücksprache mit der Fachstelle Schulbeurteilung ist es sinnvoll, den Bericht zusammen mit den Massnahmen zu publizieren, die die Schule und allenfalls die Schulpflege auf der Grundlage der Entwicklungshinweise beschlossen haben wird», sagte der Präsident der Kreisschulpflege Stadt-Töss, Felix Müller, damals auf Anfrage.

«Die Personalführung ist aktuell erschwert. Die Akzeptanz der Schulleitung ist teilweise nicht gewährleistet.»

Aus dem Evaluationsbericht

## Der Schulalltag funktioniert

Seit Anfang September liegt der Bericht im Kreisschulbüro auf, zusammen mit einer Stellungnahme der Schulpflege selbst. Im Grossen und Ganzen fällt er positiv aus. Die Schuleinheit bietet den rund 250 Jugendlichen ein positives, wohlwollendes Lernumfeld, strukturierte Arbeitsaufträge und viele Anlässe, die den Schulgeist stärken.

Kritischer beurteilt wird die pädagogische Entwicklung, die «wenig gesteuert» ablaufe. Der Grund ist ein menschlicher: Es gibt Spannungen zwischen dem 30-köpfigen Lehrerteam und der vor zwei Jahren dazugekommenen Schulleiterin. Die Schulpflege spricht im Begleitbrief von «atmosphärischen Störungen». Die kantonalen Experten stellen fest: «Die Akzeptanz der Schulleitung ist teilweise nicht gewährleistet.» Es gebe Hinweise, dass einige Lehrpersonen das Konzept «Geleitete Schule» grundsätzlich infrage stellten.

## Das Kompetenzgerangel lösen

Die Kritik an der fehlenden pädagogischen Entwicklung sei berechtigt, schreibt die Kreisschulpflege im Beibrif. Um die «längst angezeigten Entwicklungsschritte» anpacken zu können, müsse aber prioritär die Beziehungsebene zwischen Schulleitung und Lehrerschaft verbessert werden, damit das «Kompetenzgerangel» aufhöre. Zu diesem Zweck wurde ein Coaching arrangiert. Personell ändert sich nichts. «Die Kreisschulpflege spricht der Schulleiterin das Vertrauen aus und sichert ihr volle Unterstützung zu bei der Umsetzung der Entwicklungsmassnahmen», heisst es im Begleitbrief. mig

# Ein starkes Mittel, das Gefahren birgt

**GEMEINDERAT** Das Stadtparlament will sich selber eine neue Möglichkeit geben, um stärker auf das politische Geschehen einzuwirken. Das Mittel heisst parlamentarische Initiative und hält Fallen bereit. Der Stadtrat ist eher skeptisch.

Die 60 Mitglieder des Gemeinderats haben eine ganze Reihe von Möglichkeiten, sich einzubringen, sich Gehör zu verschaffen oder ein Thema aufzugreifen. Die bisherigen Vorstoss-Arten reichen von der schriftlichen Anfrage über Interpellation, Postulat und Motion bis zu budgettechnischen Kniffen. Nun sollen die Gemeinderatsmitglieder noch eine weitere Waffe in die Hand bekommen, die stärkste notabene. Dieses Kampfmittel heisst parlamentarische Initiative (PI) und birgt

mehr Munition als die Motion. Bisher gilt die Motion als die stärkste Vorstoss-Art, um dem Stadtrat in einer bestimmten Sache Beine zu machen. Der Gemeinderat formuliert das Ziel, das der Stadtrat dann auf seine Weise mit einem Antrag angeht. Mit der parlamentarischen Initiative kann der Gemeinderat nun «direkt gesetzgeberisch tätig werden, ohne dass er auf einen Antrag des Stadtrats angewiesen ist», wie es in der Weisung heisst.

## Der Stadtrat hat keine Freude

Der Gemeinderat wird Rechtsverordnungen erlassen, ändern oder aufheben können. Oder anders gesagt: Er kann mittels PI nun auch in Bereichen aktiv werden und mitbestimmen, die bisher dem Stadtrat vorbehalten waren. Das ist natürlich auch ge-

fährlich, weil die Gewaltentrennung dadurch eine Unschärfe bekommt. «Aus diesem Grund ist der Stadtrat auch nicht begeistert vom neuen Mittel», sagt der Gemeinderatspräsident Felix Landolt (SP). Der Stadtrat hatte in einer Vernehmlassung geschrieben, er stehe dem neuen Mittel «skeptisch gegenüber». Häufig sei für Erlasse das Expertenwissen der Verwaltung nötig, und für diese sei nun mal der Stadtrat zuständig. Wenn der Gemeinderat nun (nur mit expliziter Bewilligung des Stadtrats) Expertenwissen der Verwaltung anzapfe, könne das bei den Angestellten zu Loyalitätskonflikten führen.

Gemeinderatspräsident Landolt räumt ein, dass er diese Skepsis ein Stück weit teilt: «Die PI wird zum Problem, wenn das Parlament nicht verantwortungsvoll

damit umgeht und Unmögliches, Schräges oder Widersprüchliches fordert.» Er plädiert also für eine gewisse Zurückhaltung.

## Leitung drückt aufs Tempo

Wie sich Parteien und Fraktionen zur neuen Möglichkeit stellen, kann Landolt noch nicht sagen. Die Ratsleitung strebe jedoch eine «baldige Behandlung in der Aufsichtskommission und im Rat an». Der Antrag, die parlamentarische Initiative als Vorstossmittel in die Geschäftsordnung des Gemeinderats aufzunehmen, kommt in diesem speziellen Fall für einmal also nicht vom Stadtrat, sondern von der Ratsleitung des Parlaments. Der Anstoss, die neue Möglichkeit überhaupt ins Auge zu fassen aber kommt vom Kanton: Das Gemeindegesetz wurde revidiert, und die Ände-

rungen werden per 2018 in Kraft gesetzt. Darin ist die Möglichkeit festgeschrieben, dass auch Gemeindeparlamente dieses neue Kampfmittel einsetzen können.

## Stadtrat darf Stellung nehmen

Das Prozedere läuft dann so: Eine PI muss ein ausgearbeiteter Entwurf sein. Wenn mindestens 20 Ratsmitglieder eine PI vorläufig unterstützen, schreibt eine Kommission oder die Ratsleitung einen Antrag und Bericht dazu. Dieses Papier geht dann an den Stadtrat zur Stellungnahme inernert vier Monaten (die Frist ist um vier weitere Monate verlängert). Dann entscheidet die Kommission oder die Ratsleitung noch einmal, sie können auch noch Änderungen vornehmen, worauf der Gemeinderat dann abschliessend entscheidet. mgm